



Freie und Hansestadt Hamburg
Finanzbehörde

Der Hamburger Haushalt 2005
auf einen Blick

Der Haushalt 2005 auf einen Blick

Der Doppelhaushalt 2005/2006 ist am 15.12.2004 von der Bürgerschaft verabschiedet worden. Doppelhaushalt heißt nicht: Ein Haushaltsplan für zwei Jahre. Der Doppelhaushalt fasst zwei Jahreshaushaltspläne zusammen, die gemeinsam veranschlagt, beraten und beschlossen werden. Die Vorteile bestehen vor allem in der Verwaltungsvereinfachung und der größeren Planungssicherheit.

Der Haushalt 2005 hat ein Volumen von rd. 10 Mrd. EUR. Die Mittel werden – unter anderem – verwendet für

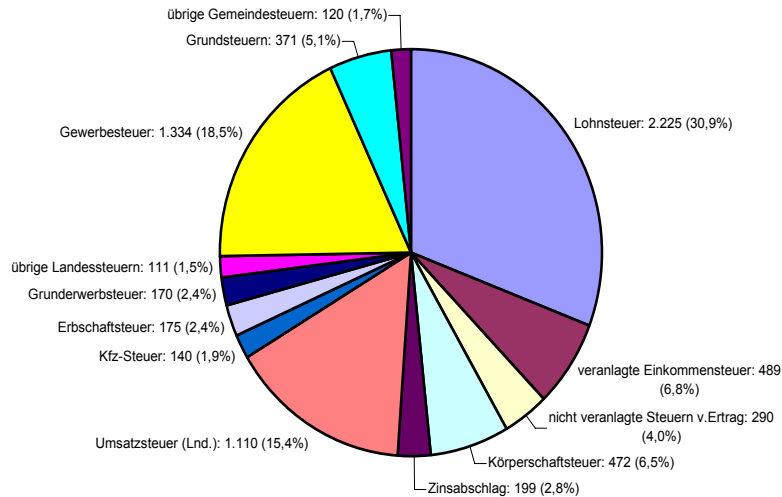
- den Unterricht von rund 226.000 Schülerinnen und Schülern an 425 Schulen
- die Betreuung von rd. 70.000 Kindern in mehr als 900 Kindertageseinrichtungen (ohne Vorschulklassen)
- die Hochschulausbildung für mehr als 43.000 Studierende an den staatlichen Hamburger Hochschulen
- 9.360 Stellen bei der Polizei und 2.325 bei der Feuerwehr
- den Service in 7 Bezirksämtern und 19 Ortsämtern bzw. Ortsdienststellen mit bisher insgesamt 18 Kundenzentren, deren Zahl bis zum Jahr 2006 auf 22 steigen soll
- Strafverfolgung und Rechtsprechung durch 2 Staatsanwaltschaften mit 178 Staatsanwälten und durch 17 Gerichte mit 694 Richtern
- die Unterbringung von rund 3.100 Gefangenen in 11 Vollzugsanstalten
- rd. zwei Drittel der Betriebskosten der 7 Museumsstiftungen bei durchschnittlich 318 Öffnungstagen im Jahr
- Sozialhilfe für rd. 127.000 Bürgerinnen und Bürger
- Wohngeldleistungen an 120.000 Haushalte
- die Unterhaltung von rd. 3.220 ha Grünanlagen und Spielplätzen sowie die Pflege von rd. 230.000 Straßenbäumen
- die Unterhaltung und Instandsetzung des Stadtstraßennetzes mit einer Länge von rd. 3.700 km sowie den Betrieb von rd. 1.700 Ampeln
- rd. ein Drittel der Betriebskosten des öffentlichen Personennahverkehrs mit einem Streckennetz auf hamburgischem Gebiet von rd. 2.200 km Länge.

Einnahmen

Die bereinigten Gesamteinnahmen des Hamburger Haushalts werden im Jahr 2005 voraussichtlich rd. 8,4 Mrd. EUR betragen. Die bereinigten Gesamteinnahmen bestehen aus Steuern, Gebühren, Abgaben u.a., jedoch ohne Krediteinnahmen und Einnahmen aus Vermögensveräußerungen. Auch 2005 sind die größte Einnahmequelle mit 6.821 Mio. EUR (nach Länderfinanzausgleich) die Steuern. Von den insgesamt in Hamburg eingenommenen Steuern (2003: rd. 40 Mrd. EUR) verbleiben dem Hamburger Haushalt nach Abführung von Bundes- und Länderanteilen, Zerlegung der Gemeinschaftssteuern und Zahlungen in den Länderfinanzausgleich nur rd. 17 %. Die für den Hamburger Haushalt wichtigsten Steuerarten sind die Lohn-, die Gewerbe- und die Umsatzsteuer.

Hamburg ist aufgrund seiner Wirtschafts- und Finanzkraft traditionell Zahlerland im Finanzausgleich zwischen finanzstarken und finanzschwachen Ländern. Im Jahr 2005 müssen von den Hamburger Steuereinnahmen voraussichtlich 400 Mio. EUR an andere Länder abgeführt werden. Im Jahr 2004 war nach dem Kassenergebnis der historische Rekordbetrag von 687 Mio EUR zu zahlen; das sind rd. 395 EUR je Einwohner. Damit ist Hamburg „Spitzen-Zahler-Land“.

Abb. 1: Steuereinnahmen 2005 vor Länderfinanzausgleich in Mio. EUR
(Soll: 7.221 Mio. EUR, nach Länderfinanzausgleich 6.821 Mio. EUR)

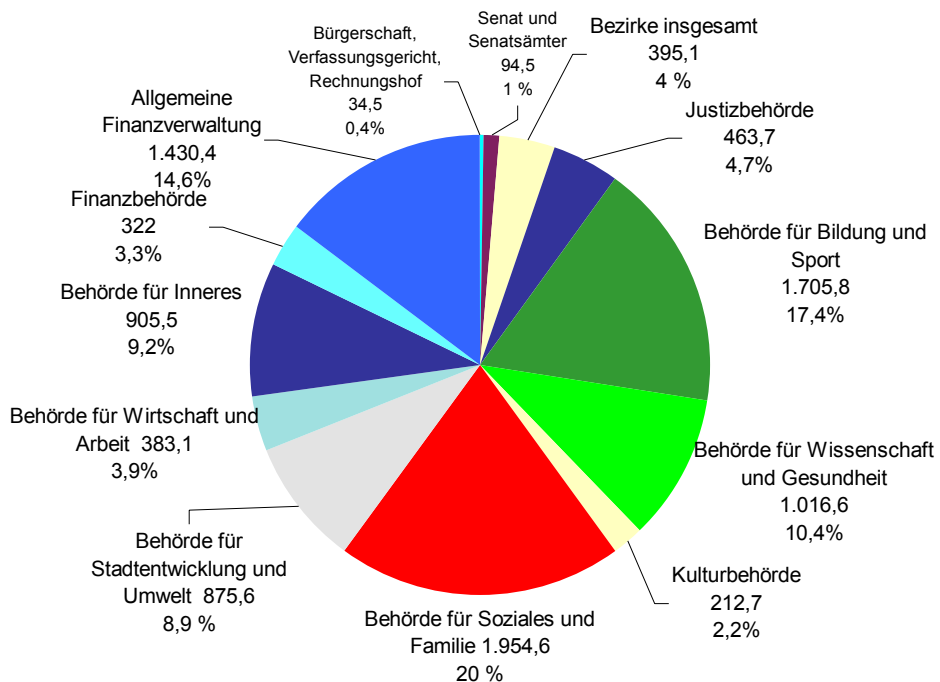


Ausgaben

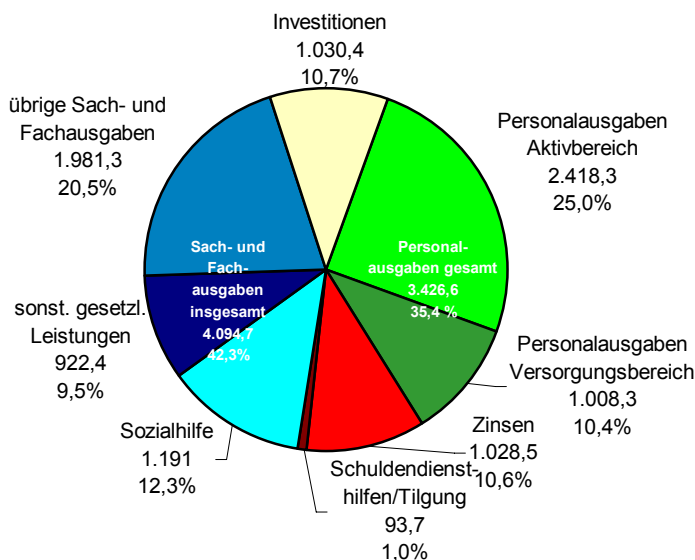
Hamburg wird im Jahr 2005 – ohne Zahlungen in den Länderfinanzausgleich – rund 9,8 Mrd. EUR ausgeben. Größte Ausgabenblöcke sind die Bereiche Bildung und Sport, Soziales und Familie, Bau und Verkehr und Inneres. Die Allgemeine Finanzverwaltung ist stark von den Zinsausgaben geprägt.

Nach Ausgabearten bilden die Sach- und Fachausgaben mit insgesamt rd. 4,1 Mrd. EUR den größten Block, gefolgt von den Personalausgaben mit rd. 3,4 Mrd. EUR. Rund 11 % des Haushaltsvolumens – mit rd. 1 Mrd. EUR entspricht dies jedem siebten Steuer-Euro des Hamburger Haushalts – müssen für Zinszahlungen ausgegeben werden.

**Abb. 2: Bereinigte Gesamtausgaben 2005 nach Einzelplänen
in Mio. EUR (Gesamt: 9.794 Mio. EUR)**



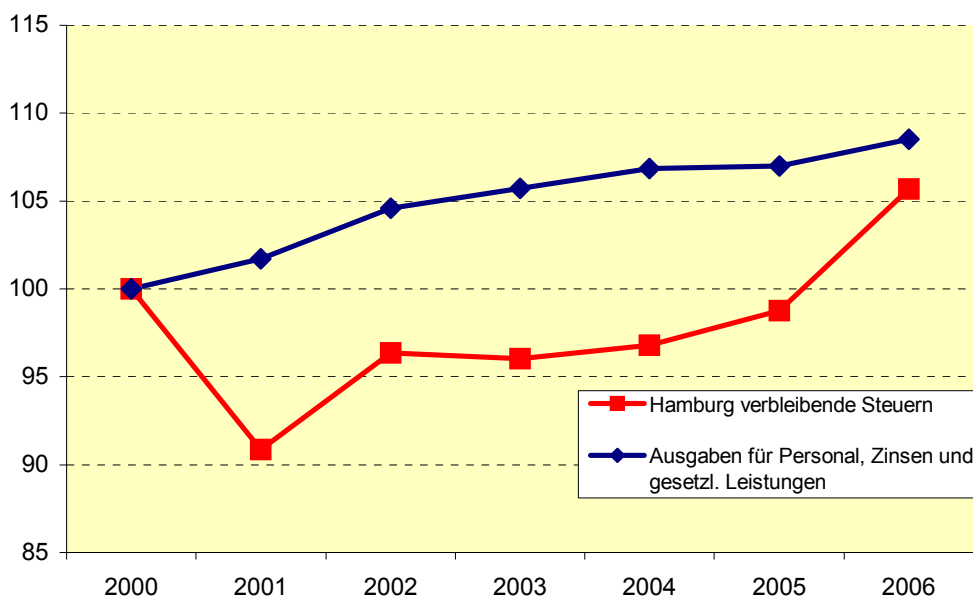
**Abb. 3: Bereinigte Gesamtausgaben 2005 nach Arten
in Mio. EUR (Gesamt: 9.794 Mio. EUR)**



Steigende Ausgaben bei strukturell sinkenden Steuereinnahmen

Während bei den Steuereinnahmen mit dem Einbruch der Einnahmen 2001 eine Basisverschiebung nach unten stattgefunden hat und die in Hamburg verbleibenden Steuern erst im Jahr 2006 das Niveau des Jahres 2000 wieder erreicht haben werden, steigen die Ausgaben für Personal, Zinsen und gesetzliche Leistungen zwischen 2000 und 2006 um insgesamt rund 9 %. Diese Ausgabenblöcke umfassen rund drei Viertel des Hamburger Haushalts und sind weitgehend durch gesetzliche Ansprüche oder Tarif- und Besoldungsrecht festgelegt.

Abb. 4: Veränderungsrate in Hamburg verbleibender Steuern und großer Ausgabenblöcke 2000-2006 (Index 2000 = 100)



Verantwortungsbewusste Konsolidierung

Die Haushaltslage der Stadt ist trotz der Konsolidierungserfolge der vergangenen 4 Jahre nach wie vor äußerst angespannt. Der Senat setzt deshalb unverändert seine verantwortungsbewusste Finanzpolitik fort, die sich an folgenden Leitlinien orientiert:

1. Die Investitionen werden auf hohem Niveau weitergeführt und die Kosten für die Verwaltung gesenkt.
2. Vermögen wird aktiv umgeschichtet und die Neuverschuldung kontinuierlich gesenkt.
3. Die Konsolidierung wird verantwortungsbewusst und konsequent fortgesetzt, um die politischen Prioritäten finanzieren zu können.
4. Öffentliche und private Investitionen werden gefördert, um Wachstumskräfte freizusetzen.

Das Regierungsprogramm setzt die Verwirklichung der finanzpolitischen Ziele an die Spitze der Vorhaben für die 18. Legislaturperiode. Damit wird Hamburg – im Gegensatz zum Bund und einer großen Anzahl von Ländern – auch in den nächsten Jahren die Neuverschuldung unter der verfassungsrechtlich zulässigen Obergrenze halten können.

Eine nachhaltige Finanzpolitik setzt voraus, dass auf Dauer nur soviel ausgegeben wird, wie durch laufende Einnahmen (v.a. Steuern und Gebühren) gedeckt ist. Reichen die Einnahmen nicht aus, müssen entweder die Ausgaben gekürzt oder die Abgaben erhöht werden. Ziel des Senats ist es, den Haushaltsausgleich in erster Linie durch eine Rückführung der Ausgaben, und zwar der konsumtiven, nicht der investiven, herzustellen. Maßvolle Einnahmeerhöhungen lassen sich dennoch nicht ganz vermeiden, um Bürgerinnen und Bürgern sowie den Unternehmen dieser Stadt auch weiterhin attraktive Leistungen in guter Qualität bieten zu können.

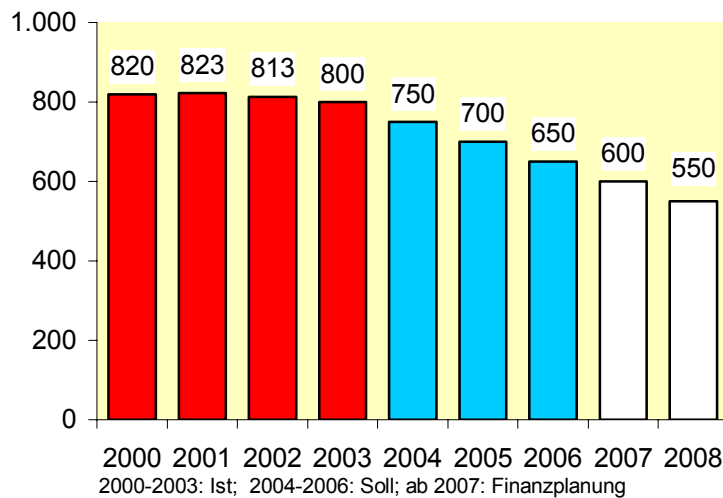
Nach der Konzeption der verantwortungsbewussten Konsolidierung und orientiert an klaren Ordnungskriterien werden bis zum Jahr 2006 im Betriebshaushalt die folgenden strukturellen Konsolidierungsmaßnahmen wirksam:

1. „Jesteburg I“: 220 Mio. Euro (beschlossen in 2002)
2. „Jesteburg II“: 215 Mio. Euro (beschlossen in 2003)
3. „Konsolidierungsprogramm 2005/2006“: rund 150 Mio. Euro (beschlossen in 2004)

Erst die Umsetzung aller drei Konsolidierungsprogramme stellt den Ausgleich des Betriebshaushaltes im Jahr 2006 sicher. Bei den Konsolidierungsmaßnahmen hat der Senat besonders auf eine ausgewogene und gerechte Verteilung der Lasten geachtet; dementsprechend werden allen zumutbare Opfer abverlangt. Die Maßnahmen stellen eine Kombination aus Einsparungen im Bereich der öffentlichen Verwaltung sowie Leistungs- und Zuwendungskürzungen dar.

- Einsparungen im Bereich der öffentlichen Verwaltung bilden einen großen Anteil des Konsolidierungsvolumens. Dienstleistungen werden mit weniger Personal erbracht, ohne Bürgernähe aufzugeben oder Aufgaben nicht zügig zu erfüllen (Effizienzsteigerung).
- Staatliche Leistungen, die nicht oder nur im geringen Umfang nachgefragt wurden, oder die über dem Durchschnitt anderer Städte oder Länder lagen, wurden gekürzt (Leistungseinschränkung).
- Die Überprüfung der zahlreichen Zuwendungsempfänger hat ergeben, dass auf manche Aufgaben ganz oder zumindest teilweise verzichtet werden kann (Zuwendungskürzungen).

Gleichzeitig mit dem Ausgleich des Betriebshaushalts senkt der Senat die Nettokreditaufnahme schrittweise von 800 Mio. EUR im Jahr 2003 um 250 Mio. EUR auf 550 Mio. EUR im Jahr 2008 ab, um die steigenden Zinsausgaben zurückzuführen. Ab dem Jahr 2007 sollen dann Überschüsse im Betriebshaushalt die Investitionen mitfinanzieren um damit die Nettokreditaufnahme weiter zurückzuführen. Die Entkoppelung von Investitionen und Verschuldung wird damit erreicht.

Abb. 4: Netto- Kreditaufnahme in den Jahren 2000 bis 2008

Stärkung der öffentlichen und privaten Investitionen

Der Senat hat ein Sonderinvestitionsprogramm „Hamburg 2010“ im Umfang von 1 Mrd. Euro für die Jahre 2005 bis 2010 aufgelegt, um öffentliche und private Investitionen und damit die wirtschaftliche Entwicklung Hamburgs zu stärken. Das Sonderinvestitionsprogramm wird je zur Hälfte durch Umschichtungen bisheriger Investitionsansätze und durch Mobilisierung zusätzlicher Mittel aus Vermögensumschichtungen, Public-Private-Partnerships und privat finanzierten Betreibermodellen finanziert. Dementsprechend sind im Finanzplan 2004 bis 2008 die Investitionen im Vergleich zur Finanzplanung 2003 bis 2007 in den Jahren 2005 und 2006 um 50 Mio. Euro jährlich und in den Jahren 2007 und 2008 um jeweils 100 Mio. Euro erhöht worden.

Das Sonderinvestitionsprogramm „Hamburg 2010“ ist Bestandteil des Leitbildes „Metropole Hamburg - Wachsende Stadt“, durch das Hamburg zu einer wachsenden Metropole mit internationaler Ausstrahlung werden soll. Damit werden vier Ziele verfolgt:

- überdurchschnittliches Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum
- Erhöhung der Einwohnerzahl
- Steigerung der internationalen Attraktivität und Ausbau der Metropolfunktion
- Sicherung der Lebensqualität und der Zukunftsfähigkeit

Nur äußerste Sparsamkeit im Betriebshaushalt schafft die Grundlage, Reserven für unser Sonderinvestitionsprogramm zu mobilisieren und die Zukunft der Wachsenden Stadt auf eine solide Grundlage zu stellen. Damit befindet sich Hamburg auch im Hinblick auf den „Nationalen Stabilitätspakt“ zur Umsetzung der EU-Kriterien auf dem richtigen Weg.